



# Wir wollen Ihre Kriege nicht, Herr Präsident ...

**Am 22. und 23. Mai 2002 besucht der Präsident der Vereinigten Staaten unser Land.** Dies fordert unseren Protest heraus. Wir erinnern z.B. daran,

- dass die US-amerikanische Regierung seit dem 7. Oktober unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terror“ einen erbarmungslosen Krieg in Afghanistan führt, dem viele Tausend Zivilisten, Kinder, unschuldige Frauen und Männer zum Opfer gefallen sind,
- dass dies in den Augen des US-Präsidenten und seiner Berater nur die erste Phase des langandauernden Feldzuges war; in der zweiten Phase sollen mutmaßliche Terroristen in verschiedenen anderen Ländern (z.B. Philippinen, Georgien, Jemen) mit Unterstützung der US-Armee gejagt und bekriegt werden,
- dass eine dritte Phase des Krieges darin bestehen soll, den Irak anzugreifen und dessen Regime zu stürzen - mit unabsehbaren Folgen für die Stabilität im Nahen Osten und den Weltfrieden,
- dass in den USA neue Atomwaffen entwickelt und gebaut werden (sog. Mini-Nukes), die auch gegen Länder, die selbst nicht über Atomwaffen verfügen, eingesetzt werden sollen,
- dass in der US-Regierung Überlegungen angestellt werden, Atomwaffen auch gegen Russland und China einzusetzen, ohne von diesen Ländern angegriffen zu sein,
- dass die USA mit ihren Schwindel erregend hohen Rüstungsausgaben die anderen NATO-Staaten zu mehr militärischer Rüstung drängen und in der Welt für einen neuen Rüstungswettlauf sorgen werden,
- dass die USA sich militärisch unangreifbar machen wollen (z.B. mittels einer nationalen Raketenabwehr), sich aber gleichzeitig das Recht herausnehmen in aller Welt militärisch zu intervenieren,
- dass die USA Rüstungskontrollverträge und andere internationale Vereinbarungen (z.B. ABM-Vertrag) nicht beachten oder einseitig kündigen.
- dass die USA auf Völkerrecht, Demokratie und Rechtstaatlichkeit pfeifen, wenn sie sich in ihren globalen wirtschaftlichen Interessen bedroht sehen.

Die US-Regierung handelt auf der weltpolitischen Bühne wie ein absoluter Herrscher über 190 Staaten. „Wer nicht für uns ist, ist für den Terrorismus“. Dieses Wort von US-Präsident Bush vergiftet bis zum heutigen Tag die internationalen Beziehungen und teilt die Menschheit in ein „gutes“ und ein „böses Lager“. In vielen demokratischen Ländern, auch bei uns, haben die Regierungen und Parlamente in den letzten Monaten Freiheits- und demokratische Rechte der Bürger beschnitten, die Bewegungsfreiheit ausländischer Mitbürger eingeschränkt und staatliche Überwachungsinstrumente verstärkt (z.B. Rasterfahndung). Unter dem Vorwand der Terrorismus-Bekämpfung betreibt die Bundesregierung mit Vorrang die endgültige Umwandlung der Bundeswehr in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee.

Statt zur Entwicklung gerechter weltwirtschaftlicher Strukturen und zum Abbau der Armut und Massenarbeitslosigkeit beizutragen, statt auf die Konflikte dieser Welt mit angepassten zivilen Programmen zu reagieren, setzen die reichsten Industriestaaten der Erde auf die militärische Absicherung ihres Reichtums und ihrer Macht und fördern sie eine Art militärische Globalisierung, der sich die übrige Welt unterzuordnen hat.

Wir hielten schon nach dem 11. September die Zusicherung des Bundeskanzlers zur „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA für falsch - solidarisch sind wir dagegen mit den US-amerikanischen Friedenskräften, die Wege zu einem vernünftigen Dialog und Gerechtigkeit für alle Menschen fordern. Den US-Krieg in Afghanistan haben wir ebenso abgelehnt wie eine deutsche Beteiligung daran. Krieg ist kein Mittel gegen Terror, Krieg wird selbst zum Terror, indem er - ob gewollt oder ungewollt - auch die Zivilbevölkerung trifft und die zivile Infrastruktur zerstört.

### **Wir leisten Widerstand, damit**

- **der sog. „Krieg gegen den Terrorismus“ umgehend beendet, keinesfalls ausgeweitet wird,**
- **sich die Bundeswehr nicht weiter an dem Krieg der USA beteiligt,**
- **die Bundeswehrsoldaten und -soldatinnen aus den Kriegsaufmarschgebieten abgezogen werden.**
- **der Bundestag durch Senkung der Rüstungsausgaben und Ausbau der zivilen Konfliktprävention zu mehr Frieden und Gerechtigkeit beiträgt.**

Statt „uneingeschränkter Solidarität“ mit der US-Kriegspolitik muss die Bundesregierung zur Deeskalation beitragen. Politische Probleme können nur politisch gelöst werden.

Wir wollen Frieden - einen gerechten Frieden, der den Menschen in aller Welt gleiche Rechte und Chancen garantiert. Dafür engagieren wir uns.

## **... wir wollen überhaupt keinen Krieg**

**Kundgebung in Köln,  
am Mittwoch 22.05.2002, 18 Uhr  
vor dem Amerikahaus  
(Ecke Apostelnkloster/Hahnenstraße)  
Kölner Friedensforum, Förderverein Kölner Friedensforum e.V.**

**David Rovics, US-folksinger**  
singt Songs und spricht über die Friedensbewegung in den USA  
am **Pfingstmontag, 20. Mai um 19 Uhr im Allerweltshaus**  
Körnerstrasse 77-79, Ehrenfeld, Eintritt: 3,- Euro; Kölner Friedensarbeitskreis „Pax An“